

Bezugspreis:

Wortpreis: 6.75 M., monatl. 2.25 M. ... Einzelne Nummern 10 Pfennig.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3. ... Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonntag, den 28. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3. ... Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Nonpareilzeile ... hat 20 Zeilen. „Kleine Anzeigen“ ... hat 10 Zeilen.

Auf zur Massendemonstration! Sonntag mittags um 1 Uhr.

Massen heraus! — so heißt die Parole für den Sonntag. Wir wollen Frieden, Freiheit, Brot! Wir wollen nicht Chaos, Anarchie, Straßenschlachten, Gewaltakte bewaffneter Haufen und feindliche Besetzung.

Die Versammlungsorte für die Demonstranten sind:

- 1. Kleiner Tiergarten, Moabit. 2. Humboldthain, Norden. 3. Friedrichshain (Spielwiese), Nordosten. 4. Görlitzer Bahnhof, Südosten. 5. Kreuzbergstraße, Südwesten. 6. Winterfeldtplatz, Schöneberg. 7. Kaiser-Friedrich-Straße, Ecke Fuldastraße, Neutölln. 8. Am Knie-Charlottenburg.

Das Weitere wird dort bekanntgegeben.

Die Regierungskrise.

Entscheidung durch den Zentralrat der A. und S.-Räte.

Heute ist der Zentralrat, der auf dem allgemeinen Kongress der A. und S.-Räte gewählt wurde, in Berlin zusammengetreten, um die Regierungskrise zur Lösung zu bringen.

Wie wir hören, bestehen im Zentralrat zwei Strömungen. Die eine ist mit dem angeforderten Ausschüssen der Unabhängigen aus der Reichsleitung durchaus einverstanden und erwartet von ihr die Ermöglichung einer konsequenten sozialdemokratischen Politik.

Der Zentralrat ist, wie gesagt, vom allgemeinen Kongress der A. und S.-Räte gewählt, mühte also gerade denen als die höchste entscheidende Instanz gelten, die immerzu rufen: „Die ganze Macht den A. und S.-Räten!“

Die Sitzung begann ein Viertel nach zwölf Uhr. Sämtliche Regierungsmitglieder waren anwesend, vom Vollzugrat fehlten aber noch einige Mitglieder.

Alarmbereitschaft.

Die morgige Demonstration der Berliner werktätigen Bevölkerung gegen das Treiben der Spartakusgruppe und des mit ihr verbündeten Teils der Unabhängigen kann natürlich nicht nur eine Massenparade sein, wie man sie in früheren friedlichen Zeiten erlebt hat.

Gewiß: sie haben noch eine große Gefolgschaft hinter sich, die moles iners, die träge Masse, die noch nicht in Bewegung geraten ist.

den ein Objekt der Verachtung, kein aktiver, sondern ein passiver Stoff, nicht Subjekt, sondern Objekt der Revolution.

Herr v. Kröcher, der ehemalige Präsident des preussischen Dreiklassenparlamentes, nannte die Sozialdemokratie das Objekt der Gesetzgebung. Spartakus nennt die sozialdemokratischen Arbeitermassen das Objekt der Revolution.

Der morgige Demonstrations-Sonntag soll diese Rechnung zunichte machen. Er soll die Kräfte der Arbeiterdemokratie gegen die Kräfte des Terrors mobilisieren.

Unsere Aufgabe als Sozialdemokraten ist es, Geburtshelfer der revolutionären Entwicklung zu sein, und die Leiden, mit denen sie für das Volk verbunden ist, zu lindern.

Es genügt nicht, sich einmal als Masse zu zeigen und dann in dem ruhigen Gefühl, daß man doch die große Mehrheit sei, wieder nach Hause zu gehen.

Es wird, es muß sich der Wille des Volkes durchsetzen. Die von Spartakus nach Zunkerart verhöhrte „unreife“ und „träge“ Masse muß zeigen, daß sie nicht gelassen ist, sich vor einer terroristischen Minderheit knechten zu lassen.

Republik Schlesien!

Ausrufung am 30. Dezember.

Posen, 28. Dezember. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Um den kapitalistischen, polnischen und tschechischen Tendenzen entgegenzuwirken, die immer stärker auf die Gründung einer ober-schlesischen Republik hinarbeiten, halten die Arbeiter- und Soldatenräte ganz Schlesiens, die durchweg auf mehrheitlich sozialistischem Boden stehen, es für notwendig, ganz Schlesiens zu einer einheitlichen Republik auszurufen.

Straßenkämpfe in Posen.

Zwischen deutschen und polnischen Soldaten.

Posen, 28. Dezember. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zwischen führerlosen Truppen deutscher und polnischer Nationalität sind hier gestern blutige Kämpfe ausgebrochen, die noch unentschieden sind.

Posen, 28. Dezember. Ueber die Vorgänge in Posen geben die „Posener Neuesten Nachrichten“ folgende Schilderung: Am Mittag war das Grenadierregiment Nr. 6 aus dem Felde eingetroffen. Nachdem am Vormittag eine Ovation polnischer Schüler vor dem Rathaus erfolgt war, wurde eine deutsche Gegenkundgebung angeregt.

Die Entelgnung alles deutschen Eigentums in Elsaß-Lothringen.

In Süddeutschland erhält sich mit aller Bestimmtheit das Gerücht, daß in Elsaß-Lothringen ein von Clemenceau unterzeichnetes Dekret veröffentlicht worden sei, nach dem die französische Regierung alles deutsche Eigentum in Elsaß-Lothringen beschlagnahmt hat.

Bedeutungsvolle Konferenzen in London.

„Seine ersten Meinungsverschiedenheiten“ zwischen Wilson, Lloyd George und Balfour.

London, 27. Dezember. Das Neuterliche Bureau ist ermächtigt, zu erklären, daß die Konferenzen mit dem Präsidenten Wilson im Buckingham-Palast und in Downingstreet für beide Teile sehr befriedigend waren. Die Konferenzen waren auf Wilson, den Premierminister Lloyd George und Balfour beschränkt und dauerten zusammen fünf Stunden. Sie schlossen um 5 Uhr 30 Minuten nachmittags. Am Abend wurde dem Neuterlichen Bureau mitgeteilt, daß nicht die Absicht bestehe, ein Communiqué an die Presse anzugeben, es wurde aber erklärt, daß sich die Besprechungen über ein sehr weites Gebiet erstreckten, und daß auch die 14 Punkte Wilsons erörtert wurden. Der Meinungsäustausch war ganz normal und hatte den Charakter einer offenen persönlichen Aussprache. Diese denkwürdigen Unterredungen werden von weitreichenden Folgen sein. Alle Staatsmänner, die daran teilnahmen, fanden unter dem Eindruck der Aufrichtigkeit und des hohen Geistes (splendid spirit), womit die Unterredungen geführt wurden, und sie sprachen sich alle am Schluß der Konferenzen über das Ergebnis der Arbeit dieses Tages sehr befriedigend aus. Ein Staatsmann sagte, sie können ruhig sagen, daß keine ersten Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren.

Die französischen Gewerkschaften und Deutschland.

Gegen jede Einmischung der Entente.

Genf, 28. Dezember. Die Verwaltungskommission des allgemeinen Verbandes der französischen Gewerkschaften hat zu Weihnachten eine Reihe beachtenswerter Beschlüsse gefaßt. Sie verurteilte insbesondere jedes bewaffnete Eingreifen der Entente in die innere Entwicklung Frankreichs und Deutschlands. Der allgemeine Ausschuss des französischen Gewerkschaftsverbandes ist der Ansicht, daß die militärische Besetzung von Gebieten, die zum Bestande der deutschen Bundesstaaten gehören, unter keinen Umständen ein Hindernis bilden darf für die freie Ausübung des allgemeinen Stimmrechtes bei der Wahl der verfassungsgebenden Versammlung, die der deutschen Revolution die feste Unterlage geben soll. Der Ausschuss erhebt ferner mit Nachdruck Widerspruch gegen die Auflösung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte durch die Entente in den besetzten Gebieten.

Erneutes Friedensangebot der Sowjetregierung.

Die Entente antwortet nicht.

London, 27. Dezember. Das Neuterliche Büro eröffnet, daß die Sowjetregierung noch Weihnachten wiederum an die Regierungen der Alliierten mit einem Friedensvorschlag herangetreten ist. Die jetzigen Bedingungen unterscheiden sich jedoch in keiner Weise von denen, die Wilson am letzten Monat durch die kommunistische Regierung angeboten hat. Die Vorschläge der Sowjetregierung wurden, da sie von einer Regierung kommen, die weder von den Alliierten anerkannt ist noch Rußland repräsentiert, nicht beantwortet. Die Lage bleibt infolgedessen, was die allgemeine Haltung der Alliierten gegenüber Rußland betrifft, unverändert. Ueber die Politik der Alliierten wurde keine Erklärung abgegeben, da über die ganzen Fragen gegenseitig Besprechungen im Gange sind.

Eine unabhängige Republik für Rußland. Moskau, 28. Dezember. Hier ist eine Bewegung im Gange, die darauf abzielt, Rußland zu einer unabhängigen Republik umzuwandeln.

Die Fabel aller Zeiten.

Es war einmal ein König. Der hielt an seinem Hofe stets einen Weisen, von dem er sich beraten ließ.
Eines Tages sah er mit zu deutlich, daß sein Säckel leerer und der Unwillen seiner gequälten Völker immer größer ward. Da ließ er seinen Minister kommen und sprach: „Pharix! Rate mir! Was soll ich tun?“
„Weniger Geld ausgeben!“ sagte der Philosoph.
„Weniger Geld ausgeben?“ rief der Herrscher. „Wie soll ich das machen?“
„Nähre weniger Krieger!“ sagte der Philosoph.
Der König aber wollte mehr Krieger nähren, denn er versprach sich Gewinn davon. Der Weisling suchte mit dem Köseln, wie es einmal und schließlich.
So kam der Krieg mit den Aethiopen. Der König verlor Schlacht um Schlacht. Er ließ seinen Philosophen kommen und sprach: „Pharix! Du bist verantwortlich für das Schicksal meines Volkes. Was soll ich tun, um nicht besiegt zu werden und um Geld zu erhalten?“ Der Philosoph zuckte die Stirn, sah ihn fest an und sprach laut: „Brich den Krieg ab!“ Da ließ ihm der König dreihundert Sesterce auf die Fußsohlen geben und zog gegen die Aethioper. Als er wieder heimkam, war er allein.
So ließ er keinen Minister rufen und sprach: „Pharix! Du bist verantwortlich für das Schicksal meines Volkes! Rate mir! Was soll ich tun?“
„Der raten lassen!“ sagte der Weise. Da ließ der König ihm die Zunge austreiben und ihn einsperren. Er selbst aber sammelte ein Heer. Nach fünf Monaten waren es einhundertdreißigtausend Mann.
Da ließ er seinen Philosophen rufen und sprach: „Was soll ich tun, um zu Kriegern zu kommen?“ Aber Pharix konnte ja nicht mehr reden. Deshalb schrieb er auf: „Lasse sie im Kriege nicht töten!“
Der König ließ ihm die rechte Hand abschlagen und zog gen Äthien. Aus einem noch unbekanntem Grunde wurde er besiegt. Als er heimkehrte, ließ er seinen neuen Berater kommen und sprach: „Sardus! Du bist verantwortlich für das Schicksal meines Vaterlandes, rate mir! Was soll ich tun?“
Sardus aber war schlauer als Pharix. Der Schaden seines Landes hatte ihn vorsichtig gemacht. Er verneigte sich tief und sprach: „Gleichmächtiger Herr! Nähre Krieger und ziehe gegen die Aethioper!“
Der König beschwerte ihn reich und zog gen Äthien. Aber er wurde wieder besiegt. Da ließ er seinen Philosophen kommen und sprach: „Sardus! Ich will dich vor größeren Dummheiten be-

Bolschewistische Kämpfe gegen deutsche Truppen.

Die Schwierigkeiten beim Rückmarsch aus dem Osten.

Der Rückmarsch unserer Truppen aus dem Osten wird durch fortgesetzte kriegerische Aktionen der Sowjettruppen gehindert und erschwert. Wolmar mußte gegen Angriffe der Bolschewisten geräumt werden. Das in Dorpat abgeschlossene Deparlement hat Chalki halbwegs Pönnau und Wall erreicht.

Die Längs der Düna vormarschierenden Sowjettruppen wurden bei Römernsdorf nordöstlich Friedrichstadt von uns zurückgeschlagen.

Bolschewisten und ukrainische Republikaner, die sich unsern Abmarschorten widersetzen, wurden bei Lud von bayerischer Kavallerie, bei Montivjege östlich Nowel von der zweiten Eskadron Dragoner 23 angegriffen und gesprengt. Eisenbahntransportstrassen aus der Ukraine zugunsten alle in Betrieb.

Bei all diesen Angriffen auf Leib und Leben unserer Soldaten handelt es sich in erster Linie um die Absicht, Waffen und Munition zu erbeuten. Daneben wird unseren Soldaten, wo sie unterliegen oder zu schwach sind, um Widerstand zu leisten, auch ihre ganze private Habe geraubt.

Rücktritt des deutschen Gesandten in Bern.

Abberufung des deutschen Generalkonsuls in Basel.

Der „Telumion“ zufolge ist ein bemerkenswerter Wechsel unter dem deutschen diplomatischen Personal im Gange. Der deutsche Gesandte in Bern hat demissioniert und gleichzeitig hat der deutsche Generalkonsul in Basel seine Abberufung erhalten. Was diesem immerhin auffallenderen Doppelschritt zugrunde liegt, ist bisher noch nicht bekannt.

Der „Wilson-Frieden“.

Eine englische Stimme für Vernunft und Klugheit.

In der „Daily News“ schreibt der englische Schriftsteller N. A. Jerome in einem Artikel: „Wilson oder Lenin“ gegen die tolle gehässige Gehe in ententeistischen Blättern, die sich die völlige Niederknüpfung des deutschen Volkes zum Ziel gemacht hat: Er warnt darin nachdrücklich vor einer Ueberspannung des Bogens, die gewaltiges Unheil für die ganze Welt auslösen müßte:

„Wenn der Geist, der gegenwärtig die Presse und die Politiker von Europa und Amerika beherrscht, auch auf der Friedenskonferenz im Januar die Oberhand gewinnt, dann wird eine Katastrophe daraus hervorgehen, die das Ende der europäischen Gesellschaftsordnung bedeuten wird. Unter Umständen kann die Welt dann allerdings „der Demokratie sicher“ sein; aber das wird dann auf eine Weise geschehen, daß unsere gegenwärtig herrschenden Massen in ihrem eigenen Interesse wohl davon läten, es zu vermeiden. Ist es angesichts des russischen Beispiels Staatskunst, die deutschen Völker zur Verzweiflung zu treiben? Sollen unsere Journalisten und Politiker keine Gefahr für das übrige Europa, wenn die anarchoistischen Kräfte in Deutschland und Rußland eine Allianz der Verzweiflung miteinander schließen?“

„Ein „Wilson-Frieden“, der den Völkern Verzweiflung bringt und ihre Leidenschaften und ihren Haß stillt, der den kriegstollen Millionen neue Hoffnungen, neue Ausblicke gibt, kann Europa noch retten. Sein Gegenteil, der von den Feinden Präsident Wilsons in England, Frankreich, Italien und Amerika geforderte Frieden, ist ein Frieden, der von Gewalt, Selbstsucht und Haß diktiert ist, ein Frieden, der auf gebrochene Versprechen, gesammelten Idealen, auf Prinzipien ruht, die in dem Augenblick aufgegeben werden, in dem es keinen Gewinn mehr zu bringen scheint, daß man sie verliert. So ein Frieden wird all die verborgenen Kräfte von Gabsucht, Haß und Anarchie gewaltig hervorlocken.“

Das Schicksal der Welt liegt in dieser Stunde in den Händen der Ententemächte.

mahren!“ Damit schlug er ihm das Haupt ab und ließ es auf einen Tisch fallen.

Gegen die Aethioper aber zog er immer noch.

Aus Hermann Langes Aphorismenheft „Ueber Welt, Zeit und Seele“, das soeben im Leipziger Zenion-Verlag erschienen ist.

Revolution und Kunstwende.

Die Lebensbedingungen der bisherigen bildenden Kunst sind aufs enge mit dem Kapitalismus verknüpft. Die Folgerungen aus diesem Zustande für die Zukunft sieht Kurt Kieser (ebd. in der Zeitschrift „Kunstchronik“), indem er schreibt: Wird das alte Kapital in seinem Bestande bedroht und neue Kapitalbildung gehindert, so wird der Kunst der Nährboden entzogen, auf dem allein sie bisher sich zur Blüte zu entfalten vermochte. Denn einerseits fehlen die Mittel zur Erwerbung von Kunstwerken, andererseits fehlt der Kunst auch zu derjenigen Form der Kapitalbildung, die mit jedem vererbten Besitz auch die Kunstsammlung bereichert. Würde die Sozialisierung des Wirtschaftslebens so radikallos vollzogen, wie die Entente es wollen, so wäre am gleichen Tage auch der Kunst überhaupt jede Existenzmöglichkeit genommen. Es geht sich also, daß gerade die Künstler, die heute, nebenbei von den Schicksalen: Freiheit und Gleichheit, zum schärfsten Kapitalismus neigen, allen Grund hätten, nicht auf einen bösen Umsturz der bestehenden Verhältnisse hinzuwirken. Aber auch wenn die Entente sich in Form einer allmählichen Ueberleitung vollzieht, werden die Rückwirkungen auf die Lage der Kunst nicht ausbleiben, mit dem einzigen Unterschied, daß sie vielleicht nicht in der Form einer Katastrophe eintreten werden.

Es wird in diesem Falle gewiß möglich sein, in die künftige Vorsehung einige Schutzmaßnahmen einzuarbeiten, um dem Künstler eine Lebensmöglichkeit zu erhalten. In den Verordnungen über die Besetzung der Kriegsgewinne und in den Zugunsten der Kunst gab es bereits solche Paragrafen, die übrigens zur Folge hatten, daß nun einige Künstler selbst zu Kriegsgewinnern wurden. Aber die Entwicklung wird sich damit nicht aufhalten lassen. Die Kunst wird nicht längerlich bleiben können, wenn der Staat es nicht mehr ist. Ob das ein Glück oder ein Unglück ist, läßt sich natürlich nicht entscheiden. Aber das steht auch nicht zur Diskussion. In einem gewissen Sinne hat die Kunst selbst schon seit einer ganzen Reihe von Jahren von sich aus einen neuen Weg eingeschlagen, wie auch der Weg der Sozialisierung schon seit langem vorbereitet war. Viele Künstler, die gemalt wurden, passen nur schlecht in den bürgerlichen Salon. Sie sprengen die alte Form und suchen nach einer neuen Bestimmung. Es ist trotzdem schwer, heute zu prognostizieren, wie die Einordnung in die neuen Verhältnisse sich vollziehen wird. Man reibt gern von Volkshäusern und Wandbildern und einer Wiederkehr mittelalterlicher Zustände, in denen die Kunst noch nicht von einander getrennt waren und ihre Werke unmittelbar dem Volke gehörten. Aber es ist gefährlich, sich in solchen archaisierenden Vorstellungen zu verhaseln, da die Dinge dieser Welt nicht in den gleichen Formen wiederzusehen pflegen.

Spartakus' schlechtes Gewissen.

Wer hat denn nun den „Vorwärts“ besetzt?

Unser Aufruf an die Massen, auf der Straße gegen die Festsetzung der Regierung und den Raub des „Vorwärts“ zu protestieren, ist den Spartakisten offenbar sehr unangenehm. Die sogenannten „revolutionären Obleute“ wenden sich in einer von den üblichen Beschimpfungen strotzenden Erklärung gegen den Aufruf in der Freitag-Abend-Ausgabe. Die Erklärung lautet:

„Die Versammlung der Arbeiter der U. S. V. und der revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Groß-Berlins bezeugen den Aufruf: Massen heraus, in der Abendnummer des „Vorwärts“ vom 27. Dezember als eine erneute infame Verleumdung einer bestimmten Richtung in der revolutionären Arbeiterbewegung und eine unerhörte Provokation der revolutionären Arbeiterschaft. Der Aufruf enthält einen schamlosen Bruch der Erklärung, die die „Vorwärts“-Reaktion gegenüber den revolutionären Obleuten abgegeben hat, wonach sie versichert, sich überzeugt zu haben, daß die Besetzung des „Vorwärts“-Gebäudes weder von den revolutionären Obleuten noch vom Spartakusbunde veranlaßt worden sei. Die Versammlung protestieren gegen diese uneheliche Handlungsweise der „Vorwärts“-Redaktion und fordern die Arbeiterschaft auf, in den Betrieben in schärfster Weise dagegen Stellung zu nehmen.“

Somit enthält diese Erklärung eine grobe sachliche Unwahrheit. Die Redaktion des „Vorwärts“ hat niemals erklärt, sie habe sich überzeugt, daß die Besetzung des „Vorwärts“-Gebäudes nicht vom Spartakusbunde veranlaßt worden sei. Sie hat im Gegenteil den „revolutionären Obleuten“ gegenüber deutlich der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß dies ihre feste Meinung ist. Die Redaktion des „Vorwärts“ hat lediglich erklärt, sich überzeugt zu haben, daß die Besetzung nicht von der Leitung des Spartakusbundes veranlaßt worden sei, sie hat auch dies nur erklärt in Unkenntnis der Tatsache, daß kein anderer als Liebknecht selber die Demonstranten zum Aufbruch gegen den „Vorwärts“ aufgefordert hat. Oder gehört Liebknecht nicht zur Leitung des Spartakusbundes?

Im übrigen aber: Warum denn die Aufregung? Was hat denn in unserm Aufruf „Massen heraus!“ gestanden? Wir zitieren wörtlich:

„Wer Gewaltstreiche, wie die Festsetzung der Regierung durch eine Schor Gewaltstreiter oder den Raub des „Vorwärts“ durch irgendwelche Haufen betreibt, der halte sich bereit, mit zu demonstrieren.“

Also ausdrücklich hatten wir die Besetzung des „Vorwärts“, in lokalster Auslegung unserer Erklärung, „irgendwelchen Haufen“ zur Last gelegt. Kein Wort von Spartakusbund und revolutionären Obleuten! Wenn sich die Herrschaften nun trotzdem getroffen fühlen, so gilt hier offenbar der Satz von dem, der sich die Nase ansetzt, weil sie nur ihm allein paßt. Wer unsere Worte mit der Erklärung der revolutionären Obleute verwechselt, der sieht deutlich, daß der „schamlose Bruch unserer Erklärung“ nur in der aufgeregten Phantasie der Herren Spartakisten existiert, die offenbar der Ausfluß eines sehr schlechten Gewissens ist.

Vielleicht soll der „Vorwärts“ erklären, es sei gar nicht wahr, daß irgendwelche politisch gesinnten Menschen bei ihm eingedrungen sind. Ja, wer ist es denn dann am besten? Sollen wir vielleicht behaupten, daß es den Eindringenden nur darum zu tun gewesen ist, den Weinfelder der Firma B. Brand zu plündern, ein paar arme Soldaten ihre Weihnachtspakete wegzunehmen und in den Geschäftsräumen das „Vorwärts“ allerhand kindlichen Zerbruchensart anzurichten? Wenn das den Spartakisten lieber ist, wollen wir es ja gern erklären, aber wir fürchten, das wird ihnen erst recht nicht angenehm sein!

Werbung für die polnische Armee. Genf, 28. Dezember. Nach einer Meldung des „Zeit Journal“ trat General Gallier in Paris ein, um für die polnische Armee französische Abteilungen anzuwerben.

Richtig ist nur das eine, daß allem Anscheine nach ein Kapitel in der Geschichte der Kunst seinem Ende zugeht. Unmöglich ist es, zu entscheiden, ob gewisse Erscheinungen unserer Zeit noch zu den Ausläufern des Alten oder schon zu den Vorläufern des Neuen gehören. Möglich ist es auch, daß die Kunst überhaupt anderen Neuerungsformen entgegengeht, und daß diejenigen noch halten, die in anscheinend spielerischer Laune die letzten Reste der alten Form gerührt und anstatt Wider zu machen, Freyen von Zeitungspapier und bedruckten Tapeten zusammenkleben.

Blüthner-Orchester: Drittes Sinfonie-Konzert.

Kopf am Kopf der schöne Blüthner-Saal gefüllt; Bestehenklängen zu lauschen. Das ehrliche Publikum und eben das Orchester. Zwischen ihm und Schenck, seinem Stadtmusiker, lebt und weht ein Hauch reiner Hingabe: — das, was Musik heißt. In diesem Dingem, den wir gehört in den besten Konzerten und einigen Verbindungen von ausländischen Stellen dürfen, frappt immer wieder die starke Ausprägung und der ausstrahlende Wille zum Musikmus. In der Symphonie-Darbietung, am podestlichen aber in der „Neunen“ offenbar sich jene Gabe, der darum eine reichhaltige schwanke Aufführung möglich wurde, zumal auch das Solo-Quartett: (die Damen Eitel Hausa und Kunz-Maria Erana, die Herren Waldemar Henke und von Hans-Brodmann) und der Schenck'sche Chor Quatitätleistungen vollbrachte.

Das Mittelstück bildete das herrliche Konzert in D-dur op. 61. Den ungemein schwierigen Gegenpart hatte hier Carl Rubow'ski: ein junger Musiker, der über achtstimmige Spieltechnik verfügt. Hieron überzeugte er besonders in der unisono-Partie des ersten Satzes, wo der Geige orchestrale Aufgaben ersten Grades übertragen sind. Der Ton des Spielers klingt meist ebel und voll und warm. Bei gebundenen Säufern wird noch mehr Energie und rhythmische Deutlichkeit zu entwickeln sein. ek.

Notizen.

— Die Theater auf! Die Genossenschaft Deutscher Bühnengeschäftler veranstaltet als dritte Vorstellung von der Front heimgekehrter Schauspieler am Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Kleinen Schauspielhaus die halben Preisen eine Aufführung des Liebesdramas „Jugend“ von Max Halbe.

— Franz Röllin gefallen. Bei den letzten Kämpfen im Westen ist, wie erst jetzt bekannt wird, ein hochbegabter junger Maler gefallen, der Hamburger Franz Röllin. Der Künstler, der kaum die 30 erreicht hatte, war erst in diesem Jahre auf der Sommerreise der Freien Sezession in seiner Eigenart deutscher koloristischer, mit einem vorzüglichen Bewußtsein des romantischen Max Klinger.

— Konzerte. Keil-Konzert trägt heute abend 8 Uhr im Saal der Berliner Sezession (Rurückendamm 232) Dichtungen von Heine, Schöcher, Holz, Dautenben und Medelind vor. Das Programm ist nach dem Thema „Kamp und Pan“ gewählt. — Heute findet im Westfalenhof der verlegte Vortragabend von Irene Zrisch statt. (Programm: Bibel, Homer, Hölderlin, Goethe.)

Furcht vor der sozialdemokratischen Straßendemonstration.

Nicht nur den Spartakisten ist es in die Wiegen gefallen, daß die Sozialdemokratie ihre Anhängerchaft am Sonntag vereinzeln will, so daß ihnen nahegehende Wähler in beschwörendem Tone davon abmahnen, auch die Unabhängigen möchten ganz und gar von diesen Straßendemonstrationen nichts wissen. Es mutet reichlich komisch an, wenn die „Freiheit“ am Sonntagabend schreibt:

Sie (die Frage der Regierungskrise) kann auch nicht durch Straßendemonstrationen, die die Rechtssozialisten für Sonntag anknüpfen, entschieden werden. Doch hinter den Rechtssozialisten große Arbeitermassen stehen, wird nicht bestritten. Kronisch ist bloß, ob diese Massen sich mißbrauchen lassen wollen, zu Wenden, die sie unmöglich billigen können.

Neuwahl des Berliner Stadtkommandanten

Die Neuwahl des Berliner Stadtkommandanten, dessen Vertretung gegenwärtig noch Leutnant Fischer übernommen, findet am 30. Dezember statt. Die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte werden in einer gemeinschaftlichen Sitzung den neuen Stadtkommandanten erwählen. Die Führer der Berliner Arbeiterorganisationen haben in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen, daß die Wahl nur auf einen Kameraden, nicht etwa auf einen Offizier fallen darf. Die Garde, die von der Regierung eine hiesige Entschärfung überträgt, ist der Ansicht, daß die Verwendung von Fronttruppen bei Unruhen nur die erregte Stimmung der Bevölkerung bremchen würde. Dagegen ist man der Ansicht, daß die Gardetruppen, falls die Kontrolle über die Kommandantur und das Generalkommando übertragen wird, die Regierung gegen einen etwa beabsichtigten Gewaltstreik der äußersten Linken mit Sicherheit zu schützen wissen werde.

Der Kampf um die Wählerchaft.

Seit den 50 Jahren des Reichsbestandes hat die Sozialdemokratie aus der Wählerchaft des Reichs ihre Stimmengahl bei jeder Wahl bezwählig zu heigern gewußt. Ohne den Krieg und der Staatsumwälzung wäre die Entwicklung in dieser Richtung weitergegangen. Allerdings hat das alte Wahlgesetz die Entwicklung der Partei gehindert. Das ist nun alles verändernd. Die bevorstehenden Nationalwahlen stellen die Partei, rascher als man je gedacht hat, vor die Entscheidung, die politische Macht parlamentarisch an sich zu reißen.

Die bürgerlichen Parteien haben dies erkannt, wie die Ausführungen der Herren Spehn (Zentrum), Neumann (Fortschrittler) in ihrer Tagespresse beweisen. Dehret fordert das Bürgerium auf, zu verhindern, daß die Sozialdemokratie 50 Prozent aller abgegebenen Stimmen bei den Nationalwahlen erzielt.

Es ist darum notwendig, die Wählermassen in ihrer jetzigen Zusammenfassung zu unteruchen. Das neue Wahlgesetz schafft 5 Jahrgänge männlicher Wähler mehr, als Frauen als Neuwähler. In statistischen Kreisen ist berechnet worden, daß mit einer Gesamtzahl von 88 bis 90 Millionen zu rechnen ist. Die weibliche Wählerchaft ist 15 Proz. stärker als die männliche, so daß circa 17,5 Millionen männlichen circa 20,5 Millionen weibliche Wähler gegenüberstehen. Die männliche Wählerchaft zeigt somit einen Zuwachs von über 3 Millionen, insbesondere durch die fünf Jahrgänge Neuwähler.

Von besonderer Wichtigkeit ist, wie sich die Wählerchaft in den Altersklassen zusammensetzt. Hier liegt eine Berechnung vom Statistischen Amt vor, die beweist, daß die jüngere Wählerchaft die härtesten Proportionszahlen liefert, bei beiden Geschlechtern. Allein 20 Proz. umfassen die Jahrgänge von 20—30 Jahren, weitere 25 Proz. die Jahrgänge von 30—40 Jahren, während alle anderen Jahrgänge bis über 80 Jahre 45 Proz. ausmachen.

Die sozialistische Partei hat demnach ihre Neuzuwanderungsgebiete aus der Wählerchaft:

1. aus der üblichen Entwicklung ihrer Parteistimmen, die infolge der politischen Situation und Staatsumwälzung die „rote Flut“, wie Neumann sagt, heigert. In den 5 Jahren von 1907 bis 1912 betrug die Zunahme der Prozentziffer 6 Proz. und wird sich in den 7 Jahren 1912 bis 1919 wieder vermehren.

2. aus den 2 Millionen Nichtwählern der letzten Wahlen sind ebenfalls einige Prozent für die Sozialdemokratie herauszuholen.

3. Die Neuwähler. Erfahrungsgemäß, wie ich schon in früheren statistischen Berechnungen nachgewiesen (siehe „Neue Zeit“, „Sozialistische Monatshefte“), zieht die Sozialdemokratie ihre Hauptzunahme aus der Neuwählerchaft. Die vorn gegebenen statistischen Berechnungen ergeben für die Neuwähler von 20 bis 25 Jahren allein 15 Proz. Dazu kommt noch ein Prozent aus den Neuwählern, die inzwischen 25 Jahre alt geworden.

Somit ergibt sich die Möglichkeit die fehlenden 15 Proz. (zu den 50 Proz. für die Partei) aus der Wählerchaft herauszuholen. Als Beispiel dienen die Zahlen der in diesem Monat erfolgten Sonderwahlen:

Sozialdemokratie:	Liberales Partei:	Konservative Part.:
Stimmen	Stimmen	Stimmen
1907 97 641 — 42,1 Proz.	85 000 — 37,8 Proz.	9 830 — 4,4 Proz.
1912 81 465 — 46,9	98 800 — 59,8	9 830 — 14,4 Proz.
1918 92 229 — 50,5	84 447 — 53,0	12 500 — 8,0

Mecklenburg-Strelitz:	Brandenburg:
Stimmen	Stimmen
1907 6 059 — 29,9 Proz.	5 455 — 27,0 Proz.
1912 6 492 — 30,7	5 809 — 32,7
1918 83 691 — 49,8	19 000 — 40,8

Brandenburg:	Stimmen
1907 87 203 — 40,1 Proz.	17 870 — 18,7 Proz.
1912 48 900 — 49,6	84 080 — 84,4
1918 109 400 — 52,0	45 700 — 21,5

Dabei ist zu bemerken, daß bei den Sonderwahlen die Stimmengahl stetigsteigend ist als bei den Nationalwahlen. Jede der Partei ist es nun, nicht nur in den einzelnen Wahlkreisen, sondern in allen Wahlbezirken die Wählermassen zu sondieren und für die Partei an die Urne zu bringen.

Unzufriedenheit mit der Führung.

Andere Männer in die Regierung? Unser Deutscher Parteiblat, das „Volkswort für Anhalt“, bringt an der Spitze seiner Sonnabendnummer folgende Erklärung: Die Autorität von Ebert und Scheidemann ist — darüber kann kein Zweifel sein — stark im Schwinden begriffen. Der Grund dafür ist ihr Mangel an Energie gegen die Liebknecht- und Ledebour- und die Spartakisten. Neue Männer scheinen notwendig zu sein. Uns würde Kossle am ehesten einen energischen Willens in Frage kommen. Wo sind aber auch die anderen, die Bauer, Legien, Rob. Schmidt, Rich. Fischer, Südekum, David usw.? Mag keiner von ihnen allein als Mann höchster Autorität auftreten können, so würden sie doch in festerer durch Erklärungen und Entschlüsse Abweitung haben können. Wenn unsere Führer in Berlin verjagen, dann werden andere wieder die Führer des Volkes werden.

Es hieße Vogel-Strauß-Politik treiben, wollte man bezwähligte Ausführungen einfach als Kargheit oder Ausfluß persönlicher Bezwähligung zurückweisen. Zweifellos sind es weite Parteifolge und nicht nur in Anhalt, die einen energischeren Kurs der Regierung wünschen. Dabei ist freilich zu bedenken, ob es sich hier um eine Personenfrage handelt. Die Arbeit unserer Parteigenossen in der Regierung wird in erster Linie durch die sachlichen Schwierigkeiten gehindert, die das Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen verursacht. Wir fürchten, daß auch das Eintreten anderer Männer an die Stelle Eberts, Scheidemanns und Landbergs sehr wenig ändern würde, so lange diese Schwierigkeiten nicht beseitigt sind.

Die Griechen besetzen Smyrna, Basel, 23. Dezember. Von bisher von Griechenland in der Öffentlichkeit erhobenen Ansprüchen auf den ehemals griechischen Teil der kleinasiatischen Küste ist jetzt die Tat erfolgt. Griechische Patrolien landen in Smyrna und haben von der Stadt Besitz genommen.

Parteinachrichten.

Unabhängige und Spartakus.

Die „Damburger Volkszeitung“, das Organ der dortigen Unabhängigen, nimmt zu dem Ultimatum des Spartakusbundes vom 22. Dezember Stellung und kommt auch auf die hierzu gemachten Auslassungen ihres Berliner Bruderverbands, der „Freiheit“, zu sprechen. Den Einwand der letzteren, daß es jetzt vor den Nationalwahlen unmöglich sei, einen Parteitag abzuhalten, da auch die ungenügenden Verkehrsverhältnisse die Delegierten über Gebirge von ihrer wichtigen Wahlarbeit fernhalten würden, läßt die „Damburger Volkszeitung“ nicht gelten. Sie bemerkt hierzu:

Die „Freiheit“ irrt, wenn sie meint, daß zahlreiche Parteigenossen ihre Ansicht über die Vorderrufung eines Parteitages teilen. Im Gegenteil, gerade aus dem Lande heraus ertönen immer lauter und dringlicher die Forderungen nach einer sofortigen Tagung. Die Beantwortung, daß Verkehrsverhältnisse hierüber nicht zu sprechen sind, mutet wohl selbst der „Freiheit“-Redaktion als wenig stichhaltig an. Der Rückgang der gesamten Partei muß zu unübersehbaren Folgen bei den Wahlen führen. Diese Berliner Zeitung heißt Vogelstraußpolitik treiben. Der Partei ist mit einer solchen Besetzung der nötigen Forderungen nicht gedient.

Die „Freiheit“ befindet sich momentan nicht gerade in einer beneidenswerten Lage. Täglich hegen die Anaristen vom Zentralorgan des Spartakusbundes auf sie herab. Dazu treten nun die von der „Damburger Volkszeitung“. Das Stärkste leistet sich die „rote Fahne“ gegen die „Freiheit“ in ihrer Sonnabendnummer, in welcher sie unter der Überschrift: „Das soziale Organ und die Ebert-Politik“ der „Freiheit“ folgenden schönen Satz ins Stammbuch schreibt:

„Diese Seiten (die Sozial. Mittmann und Partei D. Med.) gehören aber mit samt ihrem wibrigen Organ der „Freiheit“ nicht „außerhalb der Regierung“, sondern außerhalb jeder wirklich sozialistischen Partei.“

Mit solchen Verdächtigungen und Beschimpfungen läßt sich die „Freiheit“ fast täglich regalisieren, ohne — was das Bemerkenswerteste an der ganzen Sache ist — auch nur einmal die Entschiedenheit der Sprache und der politischen Absicht zu finden. Nur gegen „Scheidemannsozialisten“ spielt das Blatt den Hirschen, desto mehr duckt und kuckt es vor Spartakus.

Bewerkschaftsbewegung

Die Lage in den Kohlenrevieren.

Die der Reichskommission für die Kohlenversorgung berichtet, ist der Kohlenverkauf am 27. Dezember noch geringer gewesen als bei den Feiertagen. In Oberschlesien sind 4366 Eisenbahnwagen verladen (gegen normal etwa 12 000). In scheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier sind 12 402 Wagen gestellt worden (gegen normal etwa 26 000). In Oberschlesien wird gestreift auf folgenden Gruben: Freyhengrube, Brüngrube, Friedensgrube, Stöckenberg, Galtelings, Hohenjoller, Concordia, Neue Albrecht, Schwignowisch, Lubwigshüt, Dubensko, Gillebrandt und Kessenborn. Auf Paulus und Gotthard verweigern die russischen Kriegsgefangenen die Arbeit, in Westfalen wird gestreift auf Neumühl, Deutsche Kaiser und Westende.

Bund der Privatangestellten bei Behörden.

Die bei Reichs-, Staats-, Provinzial-, Kreis- und Kommunalbehörden auf Vertrag oder ähnliche Verpfichtungen beschäftigten männlichen und weiblichen Angestellten aller Dienstgrade haben sich zu einem Bund zusammengeschlossen. Beisitzende erhalten Auskunft bei der Geschäftsstelle des Bundes, Breslau, Neumarkt 1—8.

Bund der Eisenbahnenbeamten.

Au bei morgen, Sonntagmorgen 1 Uhr, von der Sozialdemokratischen Partei angelegten Demonstration veranlassen sich die Mitglieder des Bundes der Eisenbahnbeamten 12½ Uhr auf dem Tempelhofer Feld am Steuerhaus, um sich dann einem der Demonstrationzüge anzuschließen.

Groß-Berlin

Gegen den Kleinhausbau.

Von gewisser Seite, die an der Vermeidung der Mietskasernen ein lebhaftes Interesse zu haben scheint, wird seit einiger Zeit in der Großberliner Presse Stimmung gemacht gegen den Bau von Wohnungen im Kleinhaus. Einen solchen Luxus könnten wir uns jetzt nicht leisten. Sparen sei die Parole. Dazu wird von einem praktischen Siedlungsfachmann geschrieben: Gerade deswegen, weil wir jetzt sparen müssen, bauen wir keine Mietskasernen mehr, sondern Kleinhäuser! Die Mietskasernen sind nicht mehr, da sie bei der Boden 80 M., 70 M. und mehr für den Quadratmeter. Die neue preussische Regierung stellt sich ein solches Land für den gemeinnützigen Kleinhäusbau zu 50 Pf. bis 2 M. pro Quadratmeter zur Verfügung. Man spart also 70 M. Wohnung eines 2—3000 M. an Bodenkosten, wenn man dem Arbeiter, dem Angestellten, dem Beamten, dem Mittelstand die Wohnung im Kleinhaus herstellt. Und in den reinen Kaufhäusern ist die Wohnung im Einfamilienhaus nicht teurer als die gleichgroße Wohnung in der Mietskasernen. Das ist eine alte Erfahrung.

die nur demjenigen Baumeister fremd ist, der die besondere Kunst des rationalen Kleinhäusbau nicht studiert hat.

Werdings darf man sich keine von allen vier Seiten freistehende „Villa“ vorstellen, und man muß sich auch beengen mit einem Garten von etwa 100 Quadratmeter, das, im Kleinhäusbau, genügend groß ist, um eine Familie mit Gemüde und vor allem mit Pflanzensatz im Werte von 1—200 M. pro Jahr zu versorgen. Auch an Pflanzensatz braucht man für das Einfamilien-Kleinhäusbau relativ weniger als für die Mietskasernen.

Man spart nicht nur Geld, sondern auch Materialien, und nicht zuletzt kommt in Betracht die Ersparnis an Bodenkraft und Volksgesundheit, wenn künftig anstelle der Mietskasernenlandschaft freundliche Kasernen von Einfamilienhäusern stehen.

Das Wetter und die morgige Rundgebung. Viele haben heute Besorgnis nach dem Himmel geschaut, aus dessen grauer Höhe seiner Regen rieselt und noch bevor er nach der Erde, auf der sich Sonne und Wasser zu ungemütlichem Matsch vereinigen. Wenn das morgen so bleibt, wird nicht unsere Rundgebung ins Wasser fallen? Ja, das Wetter ist freilich verdammt schlecht. Aber haben nicht viele von uns jahrelang in Dreck und Schlamm der Schützengräben gelegen? Was kommt es da auf ein paar Stunden an, nach denen man nach Hause gehen und sich wieder trocken und warmen kann? Wer sich vom schlechten Wetter davon abhalten läßt, seine Pflicht zu tun, der ist gewiß kein Feigling. Die nächste Zeit kann von uns vielleicht noch härtere Proben verlangen als einen Ergrümpfung in der Kasse. Mag es also regnen, wie es regnen mag; wir kommen doch!

Erwerbslosenfürsorge und Lehrlingsfrage.

Die Sachverständigenkommission der Erwerbslosenfürsorge erörtert in ihrer heutigen Sitzung die Forderungen von uns mitgeteilten Anträge der Handwerkskammer, die eine Forderung des Lehrlingswesens bezugend. Eingeleitet ist darüber, daß die Schulverhältnisse möglichst in eine Lehre gedrückt werden müssen, damit nicht nur dem Gewerbe, sondern auch den Jugendlichen selber gebietet sei. Bestweifel wurde aber, daß es oft gelingen könnte, Jugendliche des 17. Lebensjahres noch einer Lehre zuzuführen, nachdem sie infolge der besonderen Verhältnisse der Kriegszeit bereits einige Jahre als ungelernete Arbeiter beschäftigt gewesen sind. Gegen die von der Handwerkskammer vorgeschlagene Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung für Jugendliche wurde von mehreren Seiten geltend gemacht, der bisherige Satz sei keineswegs so hoch, daß er einen Jugendlichen davon abhalten könnte, in eine Lehre einzutreten oder sonst wieder Arbeit anzunehmen. Zu der Ansetzung für einen unter 17 Jahre alten Lehrling seinem Vater oder der arbeitlosen Mutter eine Auszahlung aus der Erwerbslosenfürsorge zu leisten, damit das Einkommen des Lehrlings nicht hinter der Erwerbslosenunterstützung eines Jugendlichen zurückbleibt, wurde auf die Mängel des Lehrlingswesens hingewiesen. Wenn man die Lehrverträge durchgreifend bessere und die Lehrlingsvergütungen wirksam erhöhen würde, werde die Meinung, in eine Lehre einzutreten, bald zunehmen. Die weitere Erörterung wurde einer späteren Sitzung vorbehalten.

Motorgiftung zweier Soldaten. Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich am ersten Weihnachtstage in der Nähe von Berlin ereignet. Dort waren in der Eisenbahnstation in der Kleinen Buchstraße drei Soldaten, die erst kürzlich aus dem Felde heimgekehrt waren, einquartiert. Im ersten Weihnachtstage saßen sie in der Kasse nicht nur zuhause, sondern auch in der Kasse. Sie saßen in der Kasse, die jungen Leute schliefen in den Betten ihres völlig mit Gas gefüllten Zimmers vor. Sofort anstehende Wiederbelebungsversuche waren leider bei allen drei Soldaten vergeblich. Allen Anschein nach sind die Soldaten eigener Unvorsichtigkeit zum Opfer gefallen, indem sie den Dahn des Gaslamps nur ungenügend geschlossen hatten, so daß die ganze Nacht hindurch Gas ausströmen konnte.

Rein Verbrechen. Das Gerücht von einem Raubmord war, wie wir mitteilen, vor einigen Tagen im Zentrum b. r. Stadt verbreitet. Ein 80 Jahre alter Kaufmann Paul Zimmermann war dort in seiner möblierten Wohnung am Georgenkirchhof 22 unter nachteiligen Umständen tot aufgefunden worden. Ein Verbrechen schien vorzuliegen, weil 4000 M. fehlte und ein Reiseforb mit Geld aufgefunden war. Zwei Sachverständige waren offen, aber das Gas war durch ein offenes Fenster größtenteils entwichen. Die Obduktion hat nun ergeben, daß Zimmermann wahrscheinlich durch Einatmen von mit Kohlenoxyd durchschmämterter Luft gestorben ist. Die 4000 M. fand man in dem Stallgebäude des Beschädigten, in dem Zimmermann tätig war, wieder vor. Die Gasthähne hat er in der Krankheit wahrscheinlich versehentlich geöffnet. Hiernach liegt kein Verbrechen vor. Die Leiche wurde zur Beerdigung freigegeben.

Wem gebet die Briefstube? Eine gelbe Briefstube mit 1265 Mark fand am 11. d. M. eine Verkäuferin in der Köpenickerstraße. Der Verkäufer hat sich bis jetzt noch nicht gemeldet. Die Leiche kann im Polizeikommissariat entweder auf dem Hauptbureau oder im Zimmer 70a in Empfang genommen werden.

Schnapsberg. Lebensmittel. Bis zum 31. Dezember Voranmeldung für 150 Gramm Gruppen auf Abschnitt 57.

Kieberschönhausen. Lebensmittel. Abschnitt 15 (für Kinder bis zu drei Jahren) 1 Pfund Gerstenmehl, Weizen, 80 und 112 je ¼ Pf. Marmelade, Weizen, 113 1/2 Pf. rot; Weizen, Anmeldung zur Judenfundentz bis 2. Januar.

In die arbeitende Jugend „Groß-Berlin“. An den Demonstrationen der Sozialdemokratischen Partei nimmt der Berlin Arbeiterjugend „Groß-Berlin“ teil. Die Mitglieder treffen sich in den Verkehrslokalen. Die Offiziere der Fabrikverkaufsstelle treffen sich mit den Jugendlichen ihrer Betriebe an den nächstgelegenen Parteitreffpunkten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

NeuWahl. Die Genossen treffen sich morgen, mit 12 Uhr, in ihren Bezirkslokalen zur Teilnahme an der Demonstration. Montagabend: Geyersplatz.

Wilmersdorf. Morgen, 10½ Uhr vormittags, öffentliche Versammlung im Restaurant Stadtpart, Kaiserstraße 51/52. Stadtverordneten Rahemann spricht über „Die Nationalversammlung und die politischen Parteien“. Nachher freie Aussprache.

Montag, 30. Dezember, abends 8 Uhr, zwei öffentliche Versammlungen. In Stadtpart, Kaiserstraße 51/52, spricht Genosse Schlegel über „Sozialisierung und Bürgerium“. In der Aula der Oberrealschule am Hindenburg Park, Ecke Auguststraße, spricht der Kaufmann Max Jüder über „Die Kleinrentenbesitzer und die Nationalversammlung“. In beiden Versammlungen freie Aussprache.

Aus aller Welt.

Schwere Stutzt eines eifersüchtigen Viehhäbers.

In Hennhausen im Kreis Wehrhaußen hat sich eine Eifersüchtige ereignet, bei der zwei Personen getötet und drei verletzt wurden. Der Anwalt hat heute selber mit der Tochter des dort wohnenden Bahndirektors Steffen ein Verhältnis unterhalten, das aber von den Eltern nicht gebilligt wurde. Richtig aus dem Felde zurückgekehrt, verlor er sich wieder dem Mädchen zu nähern. Die Eltern wollten jedoch diese Annäherung bremchen und hielten daher die Tochter in der Wohnung zurück. Am Donnerstag drang auch plötzlich in die Steffen'sche Wohnung ein und freudig mit einem Schuß seine Geliebte tot nieder. Auf den hingerichteten Vater gab A. drei Schüsse ab, wodurch dieser sehr schwer verletzt wurde. Durch weitere Schüsse wurden eine Handwurmmerin und ein junges Mädchen verwundet. Frau Steffen vermochte zu flüchten, doch selbst (so) sich eine Kugel in den Kopf und war sofort tot.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin.

Morgen Sonntag, den 29. Dezember 1918, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12; General-Versammlung.

Kauf Sie bitte zu konkurrenzlos bestehenden Preisen direkt ab Fabrik im Interesse unserer circa 250 Arbeiter

Bürstennaren jeder Art von der Celler Besen- und Bürsten-Industrie, Celler in Hannover. Vertreter - Händler gesucht.

Heiltheilanstalt für Haut- u. Geschlechtskrankheiten. Spezialbehandlung.

Spezial-Behandlung für Haut- u. Geschlechtskrankheiten. Dir. Löser senior.

nur Rosenthaler Str. 69-70

Margraf & Co. d. m. b. H. Kanonierstraße 9, Fauntzienstraße 10a. Juwelen Spez. Perlenketten

Bozugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süd, Berlin-West, Berlin-Nord, Berlin-Ost. Includes various businesses like Paul Müller, Hermann Finck, C. Dittmann, etc.

Augustaheller-Innenschule. Volle Pension oder Commensal. Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß.

Pferdeversteigerung. Montag, den 30. Dezember, von 10 Uhr vormittags ab, findet Versteigerung von 47 Pferden in der Kaiserin Spandauer ab.

Technikum Strelitz. Gesamtes Ingenieur-, Bau-, Vorkurs-, Beginn 19. Jan. u. April.

Spezialbehandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden. Löser, Münzstr. 9.

Geschlechtskrankheiten. Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt, Berlin, Potsdamer Str. 117.

Spezial-Behandlung für Geschlechtsleiden. Ostheim, Alte Schönhauser Str. 35.

Verkaufe

Verkaufe: Gaststätten, Gesangsstücken, Gemälde, Musikinstrumente, etc.

Möbel

Möbel: Kleines Anrichtchen, Tisch, Stühle, etc.

Kaufgesuche

Kaufgesuche: Klavier, Violoncello, etc.

Unterricht

Unterricht: Französisch, Englisch, etc.